

Rede zum Haushalt (Plenarsitzung vom 20.12.2007)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Becker. – Jetzt hat Herr Sagel, fraktionsloser Abgeordneter, die Gelegenheit zu seinem Redebeitrag. Bitte schön, Herr Sagel.

Rüdiger Sagelⁿ (fraktionslos): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Glück zu haben ist noch keine Politik. Mit der zurzeit boomenden Konjunktur hat Herr Rüttgers nichts zu tun. Was schwingt sich in Nordrhein-Westfalen eigentlich auf?

Der Hauch von Freiheit und Abenteuer endet hier im Westen doch im Shoot-out: Reiche werden reicher, Arme immer ärmer, und vor allem werden es immer mehr. Die Politik gegen die Bürgerinnen und Bürger, gegen den Klimaschutz, gegen die soziale Gerechtigkeit und die solidarische Chancengleichheit wird auch 2008 fortgesetzt.

Wir brauchen eine neue Haushalts- und Finanzpolitik für NRW, die sich grundlegend von der von CDU und FDP unterscheidet. Eine Umverteilung der Lasten und ein solidarisches Steuersystem – das ist das, was wir brauchen. „Privat vor Staat à la CDU und FDP“ heißt allerdings die Devise: Sozialabbau, Umweltzerstörung, höhere Belastungen für Familien, schlechtere Chancen für Kinder, Jugendliche und Studierende, Armut, fehlende Grundversorgung und fehlende Sicherheit sind die Konsequenzen Ihrer Politik. Das ist auch die Politik, die Sie hier 2008 fortsetzen wollen.

Das Prinzip der Solidarität muss in die Steuerpolitik des Landes NRW wieder Eingang finden. Dazu bedarf es einer sozialökologisch gerechten und nachhaltigen Politik im Bund und in NRW.

Dazu brauchen wir vor allem eine Erweiterung des finanzpolitischen Rahmens. Die Einnahmeseite muss zur Sicherung des Handlungsspielraums wieder in das Zentrum der politischen Debatte rücken. Neben den zahlreichen gesellschaftspolitischen Aufgaben und der öffentlichen Daseinsvorsorge muss die Steuerpolitik neu gestaltet werden.

Angesichts der Lage der öffentlichen Haushalte brauchen wir eine Stabilisierung der Steuereinnahmen und eine Stärkung der öffentlichen Finanzen. Die Einnahmen aus Lohnsteuer und Mehrwertsteuer machen zurzeit den weitaus größten Teil der Steuereinnahmen des Landes aus, während zum Beispiel die Einnahmen aus den Unternehmenssteuern im Jahr 2008 konkret wieder sinken werden. 800 Millionen € minus aufgrund dessen, was die Große Koalition aus SPD und CDU in Berlin wieder beschlossen hat – das ist die Konsequenz.

Eine Konsequenz ist auch, dass die Münte- und Merkelsteuer – die 3%ige Mehrwertsteuererhöhung – nur die Bürgerinnen und Bürger belastet. Dagegen tragen aber die Unternehmen nicht in entsprechender Form dazu bei, dass das Steueraufkommen steigt.

Es müssen Initiativen in Sachen Steuerpolitik ergriffen werden. Das gilt auch für Bundesratsinitiativen. Wir brauchen eine Wiedereinführung der verfassungskonformen Vermögensteuer. Wir brauchen vor allem auch eine Steigerung des Aufkommens aus der Erbschaftsteuer bei größeren Erbschaften. Deswegen sage ich ganz deutlich – ich habe hier auch einen entsprechenden Antrag eingebracht, und zwar auf der Grundlage dessen, was der DGB und die Gewerkschaften fordern, nämlich eine Erhöhung der Einnahmen des Landes aus der Erbschaftssteuer um 6 Milliarden € bundesweit –: Das wäre auch eine konkrete

Perspektive für NRW.

Diesen Antrag habe ich gestellt. Dann würden im Haushalt 1,3 Milliarden € mehr zur Verfügung stehen. Damit würde sich in Nordrhein-Westfalen natürlich eine ganze Menge finanzieren lassen. Ich hoffe, dass Sie diesem Antrag Ihre Zustimmung geben. Es ist nämlich so, dass über die Erbschaftssteuer erneut debattiert wird und dass das Gesetz vermutlich erst im März verabschiedet wird. Außerdem gibt es auch in Nordrhein-Westfalen konkrete Möglichkeiten: die Schließung von Steuerschlupflöchern und natürlich die Kontrolle der bisherigen Landesförderung, die wesentlich effizienter erfolgen muss. Wir haben in Nordrhein-Westfalen immer wieder Subventionsskandale. Erst kürzlich haben wir in Gelsenkirchen einen erlebt.

Natürlich kann die Einnahmesituation auch durch die zusätzliche Einstellung von Steuerprüferinnen und Steuerprüfern verbessert werden, wie es zum Beispiel die Deutsche Steuergewerkschaft fordert. Dadurch würde die Einnahme von rund 500 Millionen € im Jahr 2008 möglich. Dem haben Sie sich verweigert. Auch dazu hatte ich einen konkreten Antrag gestellt.

Wir müssen natürlich den dringend notwendigen Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen voranbringen; denn er ist nicht abgeschlossen. Das, was Sie hier machen, trägt in Wirklichkeit nicht dazu bei.

Das ist auch in der heutigen Debatte sehr deutlich geworden. Wir haben nach wie vor die Situation, dass die Arbeitslosigkeit, vor allem im Ruhrgebiet, hoch ist. Wir haben vor allem eine hohe Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen im Alter von 20 bis 25 Jahren, die nach der Ausbildung, wenn sie denn überhaupt einen Ausbildungsplatz bekommen, keinen Arbeitsplatz finden.

Auch in den Regionen des Landes wirkt sich das soziale Ungleichgewicht massiv aus. Wir haben gerade im Ruhrgebiet und in der Emscher-Lippe-Region nach wie vor Strukturprobleme. Aber es gibt sie auch in anderen Landesteilen.

Dass wir jetzt einen Haushalt mit einer Nettoneuverschuldung von unter 2 Milliarden € haben, beruht letztendlich auf Rechenkünsten. Die Rechenkünste haben aber nicht zu einer grundlegenden Veränderung der Situation hier beigetragen. Nach wie vor steigt die Verschuldung des Landes drastisch an. Das ist die Situation. Sie haben die Regierung im Jahr 2005 übernommen. Im Mai hatten wir eine Verschuldung in Höhe von 108 Milliarden €. Im kommenden Jahr werden es 120 Milliarden € sein.

(Unruhe)

– Der Lärmpegel ist wirklich extrem hoch.

Vizepräsident Edgar Moron: Die werden schon leiser. Machen Sie weiter.

Rüdiger Sagel* (fraktionslos): Es wird im nächsten Jahr eine Verschuldung von 120 Milliarden € geben. Der Schuldendienst wird über 5 Milliarden € erfordern. Das ist ein neuer Rekordstand. Dafür sind auch Sie, die Mitglieder der Landesregierung aus CDU und FDP, verantwortlich.

(Fortgesetzt Unruhe – Glocke)

Das ist die konkrete Situation, und das ist das, was Sie in diesem Landeshaushalt zu verantworten haben.

In vielen Bereichen kürzen Sie massiv weiter. Fast 500 Millionen € wurden zulasten der Kommunen abgewälzt: Krankenhausfinanzierung, Anteil an der Grunderwerbsteuer, Elternbeiträge, Kitas, Flüchtlingsaufnahme. 1 Milliarde € insgesamt hat das Land bei der Beamtenbesoldung eingespart. In anderen Bereichen wurden natürlich auch massive Aufstockungen vorgenommen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Rüdiger Sagel* (fraktionslos): Ich komme gleich zum Ende. – Sie haben massive Aufstockungen vorgenommen. Sie haben die Landwirtschaftskammern mit einem tropischen Subventionsregen überzogen.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

Sie haben auch zig neue Stellen in der Staatskanzlei geschaffen. All das haben Sie ganz konkret gemacht.

Ich möchte noch einen Satz – Herr Präsident, bitte erlauben Sie es mir – zu dem Änderungsantrag sagen.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön.

Rüdiger Sagel* (fraktionslos): Dort gibt es nämlich einen Fehler. Ich habe das schon beanstandet. Aber das ist leider bei der Übertragung passiert. Es geht um den Antrag, den ich hier zur Besoldung und zu den Versorgungsbezügen eingebracht habe. Die Tarifierhöhung für Beamtinnen und Beamte soll ab dem 1. Januar 2008 gelten. Das ist ein Fehler, der bei der Übertragung passiert ist. Ich denke, dass das korrigiert wird. – Danke schön.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Für Bündnis 90/Die Grünen erhält Herr Groth noch einmal das Wort.